VG Ansbach

Urteil vom 27.11.2007

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Der Kläger hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Insoweit ist das Urteil vorläufig vollstreckbar. Dem Kläger wird nachgelassen, die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe der festgesetzten Kosten abzuwenden, wenn nicht der Beklagte vorher Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Tatbestand

Der ... geborene Kläger, ehemals türkischer Staatsangehöriger, reiste erstmals im Mai ... ins Bundesgebiet ein und beantragte seine Anerkennung als Asylberechtigter. Dieser Antrag wurde mit Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 2. Juli 1991 abgelehnt und festgestellt, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG nicht vorliegen. Mit Bescheid des Landratsamtes ... vom 5. August 1991 wurde dem Kläger daraufhin die Abschiebung in die Türkei für den Fall angedroht, dass er nicht bis spätestens einen Monat nach Unanfechtbarkeit des Bescheides des Bundesamtes vom 2. Juli 1991 das Bundesgebiet verlassen hat. Gegen diese Bescheide erhobene Klagen blieben erfolglos (Urteil des Verwaltungsgerichtes Ansbach vom 10. März 1992 AN 2 K 91.41006 und Beschluss des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes vom 7. Oktober 1992 Az.: 11 CZ 92.32589). Seit ... war der Kläger unbekanntes Aufenthaltes. Am ... erhielt die Ausländerbehörde Nachricht durch das Bundeskriminalamt, dass sich der Kläger in den Niederlanden aufhält.

Am ... stellte der Kläger unter Vorgabe irakischer Staatsangehörigkeit unter einem Alias-Namen bei der Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in ... erneut Asylantrag. Der Antrag wurde durch Bescheid des Bundesamtes vom 22. April 1998 abgelehnt und festgestellt, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG und Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG nicht vorliegen. Außerdem wurde dem Kläger die Abschiebung in den Irak (Nord-Irak) angedroht.

Auf Klage wurde unter teilweiser Aufhebung des Bescheides des Bundesamtes vom 22. April 1998 das Bundesamt verpflichtet, festzustellen, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG vorliegen

(VG Köln, Urteil vom 25.2.2000, 18 K 3655/98.A). Dieses Urteil wurde durch Gerichtsbeschluss des OVG Münster vom 11. September 2001 aufgehoben. Seit 21. März 2001 war der Kläger erneut unbekanntes Aufenthalts.

Am ... beantragte der Kläger unter Verwendung seiner richtigen Personalien die Durchführung eines Asylverfahrens. Außerdem ließ er durch Schreiben seines Bevollmächtigten vom ... vortragen, dass er staatenlos sei und deswegen einen Reiseausweis nach dem Staatenlosenübereinkommen beantrage. Vorgelegt wurde in diesem Zusammenhang die Kopie eines Auszuges aus dem Personenstandsregister der Provinz ..., Kreisstadt ..., Stadtteil/Dorf ... über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit durch Beschluss des Ministerrates vom 6. Februar 2002. Die hierzu befragte Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in ... teilte gegenüber der Ausländerbehörde mit Schreiben vom 29. April 2005 mit, dass der Kläger mit Wirkung vom ... wegen Nichtableistung des Wehrdienstes ausgebürgert worden sei.

Seit Ende ... ist der Kläger stets im Besitz befristet erteilter Duldungen.

Mit Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 19. August 2005 wurde der Antrag auf Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt und festgestellt, dass Abschiebungshindernisse nach § 60 Abs. 2–7 AufenthG nicht vorliegen. Eine hiergegen erhobene Klage wurde am 6. Dezember 2005 zurückgenommen.

Mit Schreiben seines Bevollmächtigten vom 29. Dezember 2005 ließ der Kläger beantragen, ihm gemäß Art. 28 des Übereinkommens über die Rechte der Staatenlosen vom ... einen Reiseausweis auszustellen.

Mit Schreiben der Ausländerbehörde vom 3. Januar 2006 wurde der Kläger zur beabsichtigten Versagung des Antrages auf Ausstellung eines Reiseausweises angehört. Der Kläger sei vollziehbar ausreisepflichtig. Die Ausstellung des Reiseausweises setze aber voraus, dass der dauernde Aufenthalt des Staatenlosen rechtmäßig sei.

Mit Schreiben der Ausländerbehörde an den Kläger vom 13. Februar 2006 wurde dieser aufgefordert, seine Bemühungen zur Wiedererlangung der türkischen Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Er sei verpflichtet, an der Beschaffung von Identitätspapieren mitzuwirken und die nötigen Erklärungen zur Beschaffung von Heimreisedokumenten abzugeben. Es sei ihm zumutbar, einen Antrag auf Wiedereinbürgerung zu stellen. Diese Möglichkeit bestehe beim zuständigen Generalkonsulat. Eine umgehende Einbürgerung in der Türkei sei möglich, sofern der Kläger verbindlich erkläre, den Wehrdienst ableisten zu wollen; dies sei ihm auch zumutbar. Die Ausländerbehörde bezog sich insoweit auf eine im Bescheid des Bundesamtes vom 19. August 2005 zitierte Auskunft der Deutschen Botschaft in ... vom 17. Juni 2004.

Mit Bescheid des Landratsamtes ... vom 17. Februar 2006 wurde der Antrag auf Ausstellung eines Reiseausweises für Staatenlose abgelehnt, da sich der Kläger nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalte. Hiergegen erhob der Kläger Klage (AN 19 K 06.01094). Nach Hinweis des Gerichts in der mündlichen Verhandlung, dass die Ausländerbehörde keine Ermessensentscheidung im Sinne von Art. 28 Satz 2 Staatenlosenübereinkommen getroffen habe, wurde der Bescheid des Landratsamtes

... vom 17. Februar 2006 in der mündlichen Verhandlung am 1. August 2006 durch den Beklagten aufgehoben.

Mit Bescheid des Landratsamtes ... vom 4. Januar 2007 wurde der Antrag auf Ausstellung eines Reiseausweises für Staatenlose für den Kläger erneut abgelehnt. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass die Voraussetzungen des Art. 28 Satz 1 des Übereinkommens über die Rechtstellung der Staatenlosen nicht vorlägen, da sich der Kläger nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalte. Die Erteilung komme auch nicht nach Art. 28 Satz 2 des Übereinkommens nach pflichtgemäßem Ermessen in Betracht. Bei der Ermessensabwägung sei zu berücksichtigen, dass nichts ersichtlich sei, dass der Kläger einen Aufenthaltstitel für einen Verbleib im Bundesgebiet erhalten könne. Durch die Ausstellung eines Reiseausweises würde eine Verfestigung des Aufenthaltes eintreten. Außerdem habe es der Kläger selbst in der Hand, das Abschiebungshindernis der Passlosigkeit zu beseitigen. Vom Bundesamt sei festgestellt, dass dies dem Betroffenen möglich und auch zumutbar sei. Hierauf sei der Kläger auch aufmerksam gemacht worden. Zu Ungunsten des Klägers sei auch zu berücksichtigen, dass er wegen eines Verstoßes gegen das BtmG vorbestraft sei und ihm daran gelegen gewesen sei, die deutschen Behörden wiederholt zu täuschen. Eine andere Entscheidung würde den Interessen der Bundesrepublik Deutschland entgegen laufen. Dieser Bescheid wurde am 9. Januar 2007 mit Postzustellungsurkunde zugestellt.

Hiergegen ließ der Kläger mit Schreiben seines Bevollmächtigten vom 9. Februar 2007, bei Gericht am gleichen Tag eingegangen, Klage erheben.

In der mündlichen Verhandlung wurde beantragt:

1. Der Bescheid des Landratsamtes ... vom 4. Januar 2007 wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, dem Kläger einen Reiseausweis für Staatenlose auszustellen.

hilfsweise:

Die Beklagte wird verpflichtet, über den Antrag des Klägers auf Ausstellung eines Reiseausweises für Staatenlose nach Rechtsauffassung des Gerichts zu entscheiden.

Die Beklagte beantragte

Klageabweisung.

Zur Begründung wurde auf den Inhalt des streitgegenständlichen Bescheides verwiesen und ausgeführt, dass es dem Kläger möglich und zumutbar sei, die Gründe für die Duldung zu beseitigen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird Bezug genommen auf den Inhalt der Behördenakte und der Gerichtsakte sowie auf die über die mündliche Verhandlung gefertigte Niederschrift.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage ist unbegründet. Der streitgegenständliche Bescheid vom 4. Januar 2007 ist nicht rechtswidrig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten, da er keinen Anspruch auf Ausstellung des begehrten Reiseausweises hat (§ 113 Abs. 1, 5 VwGO).

Dass dem Kläger vor Erlass des streitgegenständlichen Bescheides keine Möglichkeit zur Äußerung gemäß Art. 28 BayVwVfG eingeräumt wurde, führt nicht zur Rechtswidrigkeit des Bescheides, da dieser Verstoß gegen Art. 28 BayVwVfG durch die Möglichkeit der Äußerung im gerichtlichen Verfahren gemäß Art. 45 Abs. 2 BayVwVfG geheilt wurde.

Der Kläger hat keinen Anspruch auf Erteilung eines Reiseausweises nach Art. 28 Satz 1 StlÜbk, da er sich nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält. Der Kläger verfügt nicht über einen Aufenthaltstitel sondern erhält seit Jahren lediglich befristet erteilte Duldungen. Eine Duldung nach § 60 a AufenthG, die gerade eine Ausreisepflicht voraussetzt, kann aber einen rechtmäßigen Aufenthalt im Sinne des Art. 28 StlÜbk nicht begründen (vgl. Hailbronner, RdNr. 5 zu den Anmerkungen zum Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen).

Zutreffend hat der Beklagte auch die Ausstellung eines Reiseausweises gemäß Art. 28 Satz 2 Halbsatz 1 StlÜbk, die im Ermessen der Ausländerbehörde steht, abgelehnt. Die getroffene Ermessensentscheidung ist im Rahmen der durch § 114 VwGO eingeschränkten gerichtlichen Überprüfbarkeit nicht zu beanstanden.

Zutreffend hat der Beklagte den öffentlichen Belangen, die gegen eine langfristige und dauerhafte Aufenthaltsgewährung sprechen, den Vorrang vor den Interessen des Klägers an einem weiteren und durch die Ausstellung des begehrten Reiseausweises legalisierten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland eingeräumt. Die Beklagte hat dabei zu Recht auch darauf abgestellt, dass der Kläger vorbestraft ist, ihm daran gelegen war, die Behörden wiederholt zu täuschen und er letztlich seiner Mitwirkungspflicht bei der Beschaffung von Identitätspapieren nicht nachkommt. Auch die Einbeziehung des Gesichtspunktes, dass es dem Kläger auf der Grundlage der Feststellungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zuzumuten ist, sich um die Wiedereinbürgerung in sein Heimatland zu bemühen, ist ein sachgerechter Gesichtspunkt im Rahmen der Ermessensentscheidung nach Art. 28 Satz 2 StlÜbk (vgl. BayVGh, Beschluss vom 15. Februar 2001, 24 ZB 00.515).

Der Kläger kann sich auch nicht auf die »Wohllollensklausel« des Art. 28 Satz 2, 2. Halbsatz StlÜbk berufen. Danach haben die Ausländerbehörden wohlwollend die Möglichkeit zu prüfen, Reiseausweise denjenigen in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Staatenlosen auszustellen, die von dem Land, in dem sie ihren rechtmäßigen Aufenthalt haben, keinen Reiseausweis erhalten können. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass der Kläger von den türkischen Behörden keinen Reiseausweis erlangen kann. Es ist im vorliegenden Fall durchaus nicht aussichtslos, dass er von den türkischen Behörden entsprechende Ausweispapiere erlangt, wenn er entsprechend den Ausführungen des Bundesamtes im Bescheid vom 19. August 2005 beim örtlich zuständigen Generalkonsulat einen Einbürgerungsantrag stellt. Dass er in diesem Zusammenhang wohl eine verbindliche Erklärung über die Ableistung des Grundwehrdienstes abgeben muss, führt zu keiner anderen Betrachtungsweise, da ihm die Ableistung des Grundwehrdienstes in der Türkei zumutbar ist.

Zur weiteren Begründung wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf den Inhalt des streitgegenständlichen Bescheides Bezug genommen (§ 117 Abs. 5 VwGO).

Kostenentscheidung: §§ 154 Abs. 1, 161 Abs. 1 VwGO.

Vorläufige Vollstreckbarkeit: §§ 167 Abs. 2 VwGO i. V. m. §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

Beschluss

Der Streitwert wird auf 5.000,- EUR festgesetzt (§ 52 Abs. 2 GKG).